

Statistische Indikatoren als Führungsinstrumente für die politische Planung:

Ein Vorschlag zur Ergänzung der Legislaturplanung

ANDRÉ NIETLISBACH* und WERNER HAUG**

„The bridge between intent and result is built, brick by brick, by information“
Thomas Hammarberg

1. ANFORDERUNGEN AN EINE MODERNE POLITISCHE PLANUNG

Der seit den 90er Jahren zu beobachtende internationale Trend zur Liberalisierung, De-regulierung und Privatisierung sowie zur Begrenzung des Wohlfahrtsstaates ist Ausdruck für einen generell erhöhten Legitimationsbedarf für staatliches Handeln. Hinzu kommt – zumindest in der Schweiz und in vergleichbaren OECD-Ländern – ein noch nie da gewesener materieller Wohlstand verbunden mit einem gesellschaftlichen Trend zur Individualisierung, zur Pluralisierung von Lebensstilen, Modellen des Zusammenlebens und der Familienformen sowie zu einer sich beschleunigt entwickelnden Freizeit- und Eventgesellschaft. Damit einher gehen auch eine höhere Gewichtung von Werten wie Autonomie, Selbstverwirklichung und Selbstdarstellung und eine vermehrte Infragestellung der Leistungs- und Steuerungsfähigkeit des Staates bei gleichzeitig ungebrochener Erwartungshaltung. Diese Entwicklungen werden überlagert und stehen teilweise in Wechselwirkung mit der sich zunehmend konstituierenden Informationsgesellschaft, in der es angesichts der permanenten Daten- und Sinnesüberflutung immer schwieriger wird, zentrale Informationen zur richtigen Zeit den Entscheidungsträgern oder breiten Teilen der Bevölkerung in verständlicher und wahrnehmbarer Form zu kommunizieren.

All diese Entwicklungen erfordern je länger desto mehr ein vorausschauendes staatliches Handeln, das sich an den Kriterien Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit und Transparenz ausrichtet. Die Politik ist vor diesem Hintergrund herausgefordert, Ziele und Massnahmen so zu formulieren, dass eine systematische Resultatüberprüfung und gezielte Vergleiche (*Benchmarking*) möglich werden. Eine Verstärkung der bereichs- und sektorübergreifenden und interdisziplinären Bemühungen zur Gesamtschau gewinnt

* Dipl. Ing. agr. ETH, Sektionschef Planung und Strategie, Bundeskanzlei, E-Mail: andre.nietlisbach@bk.admin.ch.

** Dr. phil., Vizedirektor Abteilung Bevölkerung und Beschäftigung, Bundesamt für Statistik, E-Mail: werner.haug@bfs.admin.ch.

ebenso an Bedeutung wie eine zweckmässige Aufbereitung von entsprechenden Informationen zuhanden der politischen Entscheidungsträger.

Für die Bundespolitik geht es dabei unter anderem darum, die in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen und Fortschritte im Bereich der bundesrätlichen Grundlagen-, Planungs- und Rechenschaftsinstrumente gezielt weiterzuführen. Nach den Gesamtplanungsinstrumenten Ende der 60er Jahre – nämlich die als Gesetzgebungsprogramm konzipierte Legislaturplanung und der mehrjährige Finanzplan – wurden Ende der 70er Jahre die Koordinationspflicht zwischen Aufgaben- und Finanzplanung sowie das parlamentarische Instrument der Richtlinienmotion eingeführt. Seit Mitte der 90er Jahre wird der Bericht über die Legislaturplanung (im Folgenden Legislaturplanung) – welcher einen vierjährigen Planungshorizont aufweist – durch die operativer ausgerichteten Ziele des Bundesrates jährlich konkretisiert. Gleichzeitig wurde das statistische Mehrjahresprogramm als neues Instrument eingeführt, welches gemäss Bundesstatistikgesetz vom 9. Oktober 1992 (Art. 9) jeweils im Rahmen der Legislaturplanung erstellt und dem Parlament zur Kenntnis gebracht wird.

Bisher blieb die Verbindung der beiden Instrumente, d. h. die materielle Abstimmung von Statistik und politischen Prioritäten sowie die gezielte Nutzbarmachung der statistischen Informationen für die Politik, jedoch locker und unverbindlich. In einzelnen Bereichen ist die Verwaltung zwar damit befasst, neue Monitoringsysteme auf Indikatorenbasis aufzubauen (z. B. Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung, Sozialberichterstattung), in andern Bereichen bestehen bereits Indikatorensysteme aus Daten der amtlichen Statistik (z. B. Wirtschafts- und Arbeitsmarktindikatoren, Bildungsindikatoren, demografische Indikatoren) und/oder der Forschung (z. B. der Sozialbericht 2000 des Schwerpunktprogramms Zukunft Schweiz). Was jedoch fehlt ist eine sektorübergreifende Auswahl, Priorisierung und allenfalls Neuentwicklung von Indikatoren aus der Perspektive der Politik, die zum einen als Grundlage für eine gezieltere Politikformulierung und zum andern als Ansatzpunkt für eine erweiterte Erfolgskontrolle und Politikevaluation dienen können.

Verschiedene parlamentarische Vorstösse haben in letzter Zeit auf diesen Mangel hingewiesen, so etwa die vom Parlament überwiesenen Postulate 00.3225 *Erarbeitung eines Indikatorensystems als Führungsinstrument* und 98.3628 *Soziale Sicherheit. Verbesserung der statistischen Grundlagen* oder die beim Parlament hängige Motion 00.3421 *Altersvorsorge. Verbesserung der Statistik*. Auch auf der Ebene internationaler Organisationen wie IWF und Weltbank, in der OECD, in den Spezialorganisationen der UNO wie WHO, UNDP oder UNICEF sowie auf supranationaler Ebene in der Europäischen Union (z. B. die von der Europäischen Kommission im September 2000 vorgeschlagenen 27 strukturellen Indikatoren für die Evaluation der Umsetzung der Strategie von Lissabon) werden indikatorbasierte Berichterstattungen und Monitorings zur Begründung und Steuerung von politischen Zielen immer stärker entwickelt.

Im Folgenden skizzieren wir einen Vorschlag, wie die heutige Legislaturplanung durch eine Berichterstattung auf der Basis von Indikatoren ergänzt werden könnte, basierend auf *Surveydaten*, Synthesestatistiken und andern Datenquellen, die eine Beur-

teilung der Rahmenbedingungen und teilweise auch der Auswirkungen staatlichen Handelns ermöglichen. Besonders wichtig ist in diesem Zusammenhang auch die Beobachtung der Verteilungswirkungen makroökonomischer Politik.

Eine derartige instrumentelle Weiterentwicklung soll es ermöglichen, die politischen Akteure besser für Zielkonflikte zu sensibilisieren. Ferner soll damit zur besseren Kohärenz der Staatstätigkeit und zu einer verstärkten Resultatorientierung staatlichen Handelns, welches letztlich an den gesellschaftlichen Wirkungen und am Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Bevölkerung zu messen ist, beigetragen werden. Ein Nebeneffekt wäre, dass Lücken im Bereich der amtlichen Statistik und des Monitorings besser erkannt werden könnten und eine inhaltliche Priorisierung im Rahmen des Mehrjahresprogramms der Bundesstatistik erleichtert würde.

2. LEGISLATURPLANUNG 1999–2003 DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRAATES

Die Legislaturplanung ist das strategische Führungsinstrument des schweizerischen Bundesrates und gleichzeitig der übergeordnete Rahmen für die Jahresziele des Bundesrates. Sie soll einen Überblick über die Gesamtheit der Regierungsaufgaben geben sowie über die Ziele informieren, die der Bundesrat in der neuen Legislaturperiode erreichen will. Anhand dieser Ziele sind die Aufgaben nach Bedeutung und Dringlichkeit zu ordnen. Richtlinien der Regierungspolitik und Finanzplan sind aufeinander abzustimmen.

Die Legislaturplanung umfasst drei unterschiedliche aber aufeinander abgestimmte Bestandteile: das eigentliche politische Programm, das Gesetzgebungsprogramm und die Finanzplanung. Der Legislaturfinanzplan (Kapitel 4 des Berichtes über die Legislaturplanung) enthält umfangreiche quantitative Informationen, welche die unterstellten makroökonomischen Kennziffern (BIP, Teuerung, Zinssätze und Wechselkursentwicklung) und die Auswirkungen des politischen Programms auf den Staatshaushalt darstellen. Es sind damit fast ausschliesslich die klassischen Indikatoren der Finanzstatistik und der inputorientierten Finanzplanung, die zur quantitativen Beschreibung der Regierungstätigkeit dienen.

Das politische Programm des Bundesrates enthält aber in den Kapiteln 1 bis 3 zahlreiche Ziele, deren Umsetzung sich nicht primär in einer Veränderung der Einnahmen oder Ausgaben des Bundeshaushalts auswirkt oder zu deren Beurteilung die Indikatoren der Finanzstatistik, die primär auf die Kontrolle und Steuerung der öffentlichen Haushalte ausgerichtet sind, nicht ausreichen. Ähnliches gilt übrigens auch für die Haushalte der einzelnen Sozialversicherungen. Vor allem die Beobachtung und Beurteilung von Bereichen, in welchen der Staat für den einzelnen Bürger oder einzelne Bevölkerungsgruppen gezielt Leistungen erbringt, wo es also um individuelle Wohlfahrt, Bürger(-innen)nutzen und die Qualität von staatlichen Leistungen geht, sowie all jene Aspekte der Politik, wo politisch-öffentliche Güter bereit gestellt werden, die sich einer

rein monetären Bewertung entziehen (Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Identität, Zusammenhalt, Partizipation, Umwelt- und Lebensqualität usw.) sind auf weitergehende und andere Indikatoren als jene des Finanzhaushalts angewiesen.

Im folgenden Abschnitt 3 gehen wir dem Aufbau des Berichtes zur Legislaturplanung 1999–2003 nach, der – abgesehen vom Finanzplan – drei Kapitel umfasst, nämlich 1. Die Schweiz als Partnerin in der Welt; 2. Die Schweiz als Werk-, Denk- und Schaffensplatz und 3. Die Schweiz als Heimat für alle hier Lebenden, mit insgesamt 12 strategischen Zielen und 26 prioritären Richtliniengeschäften. Die Nummern der Richtliniengeschäfte (R) sind jeweils in Klammer angefügt. Wir fragen bei jedem Ziel, welche Entwicklungen der Bundesrat annimmt und welche Massnahmen er vorsieht oder anstrebt und suchen nach Indikatorentypen, die sich grundsätzlich für ein statistisches Monitoring eignen würden. In einem weiteren Schritt sind dann spezifische Indikatoren zu definieren und auszuwählen, nach Massgabe ihrer Relevanz und Aussagekraft (Validität, Vergleichbarkeit, Unterscheidungskraft) sowie der Datenverfügbarkeit. Erste Schritte in diese Richtung skizzieren wir in Abschnitt 4 und im Anhang am Beispiel der Legislaturziele 6, 10 und 11.

3. STATISTISCHE INDIKATOREN ZUR BEOBACHTUNG DER STRATEGISCHEN ENTWICKLUNGEN UND ZIELE

Der Bundesrat geht in seinem Programm von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen und Herausforderungen im Umfeld der Schweiz aus, die er beschreibt und bewertet. Beispielsweise beurteilt er die Globalisierung von Wirtschaft und Technologie positiv, soweit diese wirtschaftliches Wachstum fördert und äussert sich besorgt über den regionalen und sozialen Zusammenhalt der Schweiz. Programmatische Aussagen über spezifische Ziele und Massnahmen finanzieller, personeller oder gesetzgeberischer Art sind z. B. Erhöhung der Aufwendungen für die Entwicklungszusammenarbeit, Reduktion des Armeebestandes oder Heraufsetzung des Rentenalters der Frauen. Das Programm beinhaltet auch Leistungen, welche die Regierung erbringen will, wie im Infrastrukturbereich z. B. die Realisierung von Bahn 2000 oder Wirkungen, die durch staatliches Handeln herbeigeführt bzw. gefördert werden sollen, wie höhere Steuergerechtigkeit, verbesserte Integration der ausländischen Bevölkerung oder verstärkte internationale Mitwirkung der Schweiz.

Nicht alle Handlungsbereiche eignen sich im selben Masse für eine statistische Beobachtung. Manchmal sind qualitative Indikatoren für eine Beurteilung besser geeignet oder müssen mindestens die quantitativen Indikatoren ergänzen. Dort, wo quantitative Indikatoren gebildet werden können und sich zur besseren Operationalisierung und Überprüfung staatlichen Handelns eignen, können wir grundsätzlich zwischen folgenden Typen von Indikatoren unterscheiden:

1. Umfeldindikatoren für staatliches Handeln
2. Programm- und Leistungsindikatoren für staatliche Angebote und Dienste (Finanzen, Personal, Güter und Dienste)
3. Wirkungsindikatoren für staatliches Handeln
4. Einstellungs- und Verhaltensindikatoren der Bevölkerung

Zentral sind aus politisch-strategischer Sicht mit Blick auf Bundesrat und Parlament insbesondere die Wirkungs- und Umfeldindikatoren, bzw. deren gegenseitige Abgrenzung. Ob ein bestimmter Indikator politisch beabsichtigte Wirkungen oder eher gesellschaftliche Rahmenbedingungen der Politik ausdrückt, kann nicht generell-abstrakt beantwortet werden, sondern muss für jeden einzelnen Politikbereich anhand der konkreten politischen Zielsetzungen, Massnahmen und Programme geprüft und beurteilt werden. Weiter ist zu berücksichtigen, dass im Zusammenhang mit Politikänderungen (Abbau-, Aufbau oder Präzisierungen staatlicher Aufgaben und Wirkungsbereiche) sich Umfeld- in Wirkungsindikatoren umwandeln können oder umgekehrt.

3.1 Die Schweiz als Partnerin in der Welt

Im internationalen Bereich geht die Regierung von folgenden europaweiten bzw. globalen *Entwicklungen* aus:

- Die Globalisierung von Wirtschaft und Technologie wirkt als Wachstumsmotor.
- Funktionierende Märkte spielen dabei eine Schlüsselrolle.
- Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen geschützt und eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden.
- Globale Wohlfahrt erfordert einen Abbau des Wohlstandsgefälles in Europa und der Welt.
- Die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie demokratische Kontrolle sind Grundvoraussetzungen der Entwicklung.
- Friedensförderung und Konfliktprävention müssen verstärkt werden.
- Dies ist nur durch engere internationale Kooperation und Partnerschaft möglich.

Indikatoren

Zur Beobachtung der Trends in den Bereichen Globalisierung, Märkte, nachhaltige Entwicklung, Wohlstandsgefälle, Menschen- und Grundrechte, Demokratie, Friedensförderung und internationale Kooperation sind geeignete *Umfeldindikatoren* von internationalen Organisationen (IWF, OECD, Weltbank, UNDP, WHO usw.), der Europäischen Kommission, sowie von Nichtregierungsorganisationen und wissenschaftlichen Institutionen (z. B. des Stockholm International Peace Research Institute, SIPRI) verfügbar.

Ziel 1: Verbesserung der internationalen Mitwirkungsmöglichkeiten

Beitritt der Schweiz zur UNO (R 1). Umsetzung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU (R 2).

Indikatoren

- Einstellungsindikatoren der Bevölkerung zu EU und UNO; Verhaltensindikatoren (Abstimmungen)
- Wirkungsindikatoren zu den Auswirkungen der bilateralen Verträge (Arbeitsmarkt und Löhne, Transitverkehr).

Ziel 2: Ausbau der aussen- und sicherheitspolitischen Präsenz

Verstärkung des personellen und finanziellen Engagements in der Friedensförderung und Konfliktprävention, Beitrag der Schweiz zur Abrüstung (R 3). Engagement in den Bereichen Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht (R 4). Stärkung von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe (R 5) sowie Erneuerung des Solidaritätsgedankens und Verbesserung des Erscheinungsbildes der Schweiz im Ausland (R 6).

Indikatoren

- Programm- und Leistungsindikatoren der Ämter, Departemente und internationalen Organisationen
- Einstellungsindikatoren (z. B. Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Solidaritätsstiftung; Einstellung des Auslands gegenüber der Schweiz); Abstimmungsindikatoren
- Wirkungsindikatoren bei einzelnen Entwicklungs- und Förderungsprogrammen

Ziel 3: Einsatz zugunsten einer offenen und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung

Weitere Liberalisierung des Handels mit Gütern und Diensten; Exportförderung und Einsatz für eine nachhaltige Aussenwirtschaftspolitik sowie internationale Umweltschutzkonventionen (R 7).

Indikatoren

- Programm- und Leistungsindikatoren der Ämter, Departemente und internationalen Organisationen
- Wirkungsindikatoren in den Bereichen Aussenhandel, Export- und Investitionsrisikogarantie

Ziel 4: Umsetzung der neuen Sicherheitspolitik „Sicherheit durch Kooperation“

Neue Leitbilder für Armee und Bevölkerungsschutz (R 8). Förderung der internationalen Justiz- und Polizeizusammenarbeit (R 9).

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren der Ämter und Departemente
- Wirkungsindikatoren im Bereich internationales Verbrechen (Straftatbestände)

Generelle Beurteilung zu Abschnitt 3.1

Die internationalen Umfeldinformationen sind aus der Perspektive des Kleinstaates Schweiz, der den ausserpolitischen Kontext nur wenig beeinflussen kann, äusserst wichtig. In Bezug auf die Ziele und Massnahmen, die direkt beeinflussbar sind, stehen Einstellungsindikatoren zur Haltung der Bevölkerung in ausserpolitischen Belangen sowie Leistungs- und Programmindikatoren (Personal, Finanzen, Güter und Dienste) im Vordergrund. Mit Ausnahme des Bereichs Aussenwirtschaft und Entwicklungshilfe dürften nur wenige Wirkungsindikatoren verfügbar sein. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Planungsziele im Vergleich zu den Kapiteln 2 und 3 relativ abstrakt formuliert sind und qualitative Bewertungen einen wichtigen Stellenwert haben. Es fällt auf, dass als einziges Richtliniengeschäft im Legislaturplan überhaupt der Ausbau der Entwicklungshilfe (technische Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe, Finanzhilfe, handels- und wirtschaftspolitische Massnahmen) exakt beziffert ist: sie soll 0.4 % des BSP erreichen.

3.2 Die Schweiz als attraktiver Denk-, Werk- und Schaffensplatz

Die Regierung geht von folgenden *Entwicklungen und Bewertungen* aus:

- Die Schweiz durchlebt einen starken wirtschaftlich-technologischen Strukturwandel.
- Die Wirtschaftsstandorte stehen global und europaweit in Wettbewerb zueinander.
- Es findet ein rascher Wandel Richtung Informationsgesellschaft statt.
- Die Schweiz hat ihre Attraktivität, die Leistungsfähigkeit des Bildungs- und Forschungssystems sowie die Innovationskraft zu stärken.
- Rationelle Energieverwendung, geringe Umweltbelastung und eine effiziente Verkehrsinfrastruktur sind wichtige Standort- und Entwicklungsfaktoren.
- Grundversorgung und Chancengleichheit für alle müssen sichergestellt und Ausgrenzung minimiert werden.

Indikatoren

Zur Beobachtung der angeführten Entwicklungen stehen in erster Linie *Umfeldindikatoren* der öffentlichen Statistik der Schweiz sowie des europäischen statistischen Sys-

tems in den Bereichen Wirtschaft, Bildung, Forschung und Entwicklung, Verkehr, Energie und Umwelt zur Verfügung. Teilweise kann auch auf Informationen der Forschung und von privaten Institutionen zurückgegriffen werden (z. B. zur Wettbewerbsfähigkeit und Standortfrage).

Ziel 5: Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft, Schaffung zusätzlicher Beschäftigungsmöglichkeiten

Stärkung des Bildungs- und Forschungsstandortes Schweiz durch die Stärkung des dualen Ausbildungssystems, den Aufbau der Fachhochschulen und der Berufsmaturität, die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen den Ausbildungsgängen und die Veränderung der Finanzierungsstruktur im Hochschulsystem (stärkere Nachfrageorientierung) (R 10). Stärkung des Wettbewerbs und Schaffung von Arbeitsplätzen durch Förderung kleiner, rasch wachsender Unternehmen, Verhinderung von Marktabsprachen und Kartellen, Förderung von konkurrenzfähigen Haupterwerbsbetrieben in der Landwirtschaft, Beobachtung der sozialen Lage der Landwirte (R 11).

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren in den Bereichen Ausbildung, Forschung, Unternehmensgründung, Innovation
- Einstellungs- und Verhaltensindikatoren (Berufswahl, Leistungsbereitschaft, Innovationsverhalten usw.)
- Wirkungsindikatoren in den Bereichen Innovation, Unternehmensgründung und -wachstum, Beschäftigung, Einkommen, Wertschöpfung

Ziel 6: Sicherstellung eines ausgeglichenen Bundeshaushalts, einer moderaten Steuerquote und einer ausgewogenen und gerechten Steuer- und Finanzpolitik

Umsetzung der neuen Finanzordnung (Erhebung Mehrwertsteuer und direkte Bundessteuer) und steuerpolitischer Reformen, steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern, Gleichstellung von Konkubinats- und Ehepaaren, Systemwechsel bei der Besteuerung des selbstgenutzten Wohneigentums (R 12). Defizit und Verschuldungsbegrenzung, Stabilisierung der Staats- und Steuerquote, Ausgleich des Bundeshaushalts durch Steuerung der Staatsausgaben (R 13).

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren (Finanzhaushalt, Staatsquote, Steuerbelastung)
- Wirkungsindikatoren im makro- und mikroökonomischen Bereich

***Ziel 7: Umwelt, Verkehrs- und Energiepolitik auf der Grundlage der Strategie
„Nachhaltige Entwicklung der Schweiz“***

Rationelle Energieverwendung, Förderung erneuerbarer Energien, Reduktion des CO₂-Ausstosses, Einhaltung bzw. Reduktion von Emissionsgrenzwerten, Förderung des Rohstoffes Holz (R 14). Modernisierung des Eisenbahnsystems, Festlegung und Einhaltung von Immissionsgrenzwerten für Lärm, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, Umsetzung LSVA, Integration und Kooperation der Verkehrsträger, Definition der Arbeitsteilung zwischen den Flughäfen (R 15). Reorganisation der technischen Sicherheitsaufsicht (R 16).

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren bei Bauvorhaben und Förderungsprojekten
- Einstellungs- und Verhaltensindikatoren (Mobilität, Wahl von Verkehrsmitteln, Energieträger usw.)
- Wirkungsindikatoren in den Bereichen Immission und Emission, Güterverkehr, Energieverwendung usw.

***Ziel 8: Bewältigung der Herausforderungen der Informationsgesellschaft und
Anpassung der Medienordnung***

Umsetzung der Strategie für die Informationsgesellschaft Schweiz, Modernisierung von Radio- und Fernsehregulierung (R 17)

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren der Ämter und Departemente
- Wirkungsindikatoren in den Bereichen Medien, e-government
- Verhaltensindikatoren (z. B. Nutzungsquoten neuer Medien etc.)

Ziel 9: Stärkung der staatlichen Handlungsfähigkeit, bürgernähere Verwaltung

Entlastung des Bundesgerichtes und Verbesserung der Rechtssicherheit (R 18). Staatsleitungsreform und Weiterführung der Verwaltungsreform (R 19).

Indikatoren

- Leistungs-, und Programmindikatoren in den Bereichen Prozessführung und Rechtsprechung, Staatsleitungs- und Verwaltungsreform
- Einstellungs- und Verhaltensindikatoren im Bereich Staatspersonal (Struktur, Fluktuation, Zufriedenheit usw.)

Generelle Beurteilung zu Abschnitt 3.2

Die Ziele sind z. T. genau quantifiziert und können durch die Verbindung von Indikatoren ökonomischer und technisch-naturwissenschaftlicher Art gut überprüft werden. Da es sich in der Regel um komplexe Bereiche handelt, besteht die Schwierigkeit eher in der Auswahl geeigneter synthetischer Masszahlen oder es ergeben sich Fragen aus dem häufigen Einsatz von Modellrechnungen und Schätzungen in den Bereichen Energie, Umwelt und Verkehr. Zudem fehlen vor allem in komplexen Bereichen mit längerem Zeithorizont (z. B. Innovationsfähigkeit, Nachhaltigkeit,) z. T. noch geeignete und anerkannte Indikatoren. Das Ziel 6 (Finanzpolitik) ist als einziges des Regierungsprogramms vollumfänglich quantifiziert bzw. quantifizierbar. In Verbindung mit den Zielen der Finanzpolitik (Stabilisierung der Staats- und Steuerquote, ausgeglichener Bundeshaushalt) besteht damit ein mächtiges Steuerungsinstrument, welches letztlich alle andern Politikbereiche überlagert.

3.3 Die Schweiz als Heimat für alle ihre Bewohnerinnen und Bewohner

In diesem Bereich geht die Regierung von folgenden *Entwicklungen und Bewertungen* aus.

- Alle in der Schweiz lebenden Personen sollen sich hier zugehörig, sicher und integriert fühlen.
- Die Sozialwerke müssen langfristig gesichert und stabilisiert werden.
- Die Sozialwerke sind effizient und wirksam auszugestalten. Gleichzeitig sollen sie neuen Risiken und Notlagen gezielt Rechnung tragen.
- Der Zugang zu den Leistungen der Grundversorgung soll allen offen stehen. Der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungskraft ist Rechnung zu tragen.
- Die finanzielle Leistungsfähigkeit und die Belastungssituation der Kantone, Städte und Agglomerationen sind besser auszubalancieren.
- Der Austausch und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften ist zu verstärken.
- Die Migrationspolitik soll der wirtschaftlichen Notwendigkeit ausländischer Arbeitskräfte, der kulturellen Bereicherung und der Verbesserung der Integration Rechnung tragen.
- Die nationale und internationale Strafverfolgung soll auf neue Bedrohungsformen (organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität) ausgerichtet werden.

Indikatoren

Auch hier kann zur Beobachtung der Entwicklungen und Trends grösstenteils auf *Umfeldindikatoren* der öffentlichen Statistik der Schweiz sowie z. T. auch von internationalen Organisationen abgestellt werden. Eine wichtige Rolle spielen aber auch Daten der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Die Indikatoren müssen sich sowohl auf die Ma-

kro- wie die Mikroebene von Haushalten und Individuen beziehen. Zukunftsbezogene Informationen zu Demografie, Arbeitsmarkt und Wirtschaft spielen eine grosse Rolle und sind einzubeziehen. Besonders wichtig ist die Möglichkeit der Desaggregation der Informationen nach einzelnen Bevölkerungsgruppen (im Querschnitt, in der zeitlichen Entwicklung sowie in der Generationenbetrachtung) sowie nach Kantonen bzw. Regionen.

Ziel 10: Sicherstellung des nationalen Zusammenhalts durch Gewährleistung des sozialen und regionalen Ausgleichs

Massnahmen zur längerfristigen Sicherung des finanziellen Gleichgewichts von AHV, IV, ALV. Massnahmen zur Kostendämpfung im Bereich Krankenversicherung. Optimierung des Systems der sozialen Sicherheit nach den Geboten der Effizienz, Wirksamkeit und Fairness. Gezielter Einbezug neuer Lebensformen und Risiken (höhere Flexibilität, Gleichstellung, Zivilstandsunabhängigkeit usw.). Sozialverträgliche Sparmassnahmen auf der Leistungsseite. Stärkung von Selbstverantwortung und arbeitsmarktlicher Integration. Abbau der Benachteiligung Behinderter. Aufbau einer nationalen Gesundheitspolitik zwischen Bund und Kantonen (R 20). Entflechtung der Aufgaben, Kompetenzen und Finanzströme zwischen Bund und Kantonen, Stärkung des Finanzausgleichs unter Einbezug der besonderen Belastung der Städte und Agglomerationen, Abbau der Steuerbelastungsunterschiede, Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (R 21). Förderung einer nationalen Kulturpolitik sowie des Austausches und der Verständigung zwischen den Sprachregionen (R 22).

Indikatoren

- Leistungsindikatoren des Finanzausgleichs und des Steuersystems (Staatshaushalte, Steuerbelastung, sozio-demografische Belastung, Transferquoten usw.)
- Leistungsindikatoren der Einrichtungen der sozialen Sicherheit auf der Makroebene (Einnahmen und Ausgaben vor und nach Steuern, Belastungsquoten, Entwicklung und Struktur der Leistungsbezüger, usw.).
- Programm- und Leistungsindikatoren der sozialen Sicherheit auf der Mikroebene (Ersatzquoten, Anwartschaften, Beitrag zum Haushaltseinkommen, Re-integration und Vermittlung usw.)
- Einstellungs- und Verhaltensindikatoren (Risikobereitschaft, Einstellungen zu Solidarität und Eigenverantwortung, Wahrnehmung von Benachteiligungen und Diskriminierung usw.)
- Wirkungsindikatoren auf der Mikroebene (Armutsquoten, Haushaltseinkommen vor und nach Transfers, Abdeckung von Risiken, Risikoverhalten, Lebensqualität und Chancengleichheit)
- Wirkungsindikatoren auf der Makroebene (Ausgleich regionaler Unterschiede (kantonale Volkseinkommen pro Kopf), Stärkung der Wirtschaftskraft)

Ziel 11: Neuorientierung der Ausländerpolitik – Stabilisierung im Asylbereich unter Wahrung der humanitären Tradition der Schweiz

Neuregelung von Einwanderung, Aufenthalt und Niederlassung, erleichterte Einbürgerung in der Schweiz geborener und hier aufgewachsener Ausländerinnen und Ausländer, Förderung der Integration der dauerhaft in der Schweiz lebenden Ausländer, Bekämpfung von Rechtsmissbrauch (R 23). Überprüfung der Kosten- und Anreizstrukturen im Asylbereich, Förderung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration im Heimatland, Stärkung der Aufnahmebereitschaft der Schweizer Bevölkerung, Diskussion über Lastenverteilung in Europa (R 24).

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren (Leistungen für Migrantinnen und Migranten, Partizipationsmöglichkeiten)
- Einstellungs- und Verhaltensindikatoren der Bevölkerung zu Einwanderung, Integration und Einbürgerungen, Abstimmungsverhalten
- Wirkungsindikatoren (Entwicklung und Struktur der Ein- und Auswanderung, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Integration, Einbürgerungen, Anreize im Asylverfahren)

Ziel 12: Halten des hohen Niveaus der inneren Sicherheit unter Gewährleistung der Grundrechte

Vereinheitlichung des Strafprozessrechts, wirksamere Bekämpfung der organisierten, grenzüberschreitenden Kriminalität (R 25). Anpassung der Strukturen der inneren Sicherheit und der Polizeizusammenarbeit mit den Kantonen. Aufbau einer DNA-Profil Datenbank (R 26).

Indikatoren

- Leistungs- und Programmindikatoren der Kriminalitätsbekämpfung
- Wirkungsindikatoren im Bereich Kriminalität

Generelle Beurteilung von Abschnitt 3.3

In Abschnitt 3 geht es um Kernfragen staatlicher Politik und des nationalen Zusammenhalts der Schweiz in kultureller, sozialer und regionaler Perspektive. Die Ziele sind aber sehr unterschiedlich quantifiziert. Dies hängt mit der grossen Komplexität und der Verknüpfung rechtlicher, ethischer, wirtschaftlicher und sozialer Dimensionen sowie den weitreichenden finanziellen Implikationen der staatlichen Transfers zusammen. Neben den Leistungsaspekten des Sozialstaates spielen dabei auch Einstellungs- und Verhaltensfragen eine zentrale Rolle. Wirkungsindikatoren wären von zentraler Bedeutung,

stehen aber nur teilweise zur Verfügung. Wie für Abschnitt 2 gilt, dass nicht für alle wichtigen Trends Informationen mit der nötigen Qualität und Aktualität zur Verfügung stehen. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Risiken und Notlagen, Informationen zu den Wirkungen der Sozialversicherungen und der Ausländerpolitik sowie zur Integration der Migrantinnen.

4. ERSTE KONKRETISIERUNG VON INDIKATOREN FÜR DIE ZIELE 6, 10, 11 UND METHODISCHE FRAGEN

Auffallend ist das Ungleichgewicht zwischen den verschiedenen Zielen des Legislaturplans. Ziele 5, 7 und 10 beispielsweise sind sehr umfassend, schwierig umzusetzen und von grosser politischer und finanzieller Tragweite. Andere Ziele sind von weitaus geringerer Komplexität und Bedeutung (z. B. 8 oder 12). Sehr unterschiedlich ist auch der Grad der Konkretisierung der Ziele und der Definition messbarer Leistungen und Wirkungen. Wie der Überblick zeigt, ist eine bessere Quantifizierung der politischen Ziele und der angestrebten Wirkungen auch auf dieser heterogenen Grundlage grundsätzlich möglich. Dies bedingt insbesondere die Ergänzung der Inputindikatoren (Ressourcen, Personal, Programme) durch Ergebnis- und Wirkungsindikatoren, die sich an den Zielen und Richtliniengeschäften orientieren und sich zur Beobachtung der angestrebten Entwicklungen und politischen Massnahmen eignen. Allerdings ist dieses Verfahren der ex-post Definition von Ergebnis- und Wirkungsindikatoren methodisch unbefriedigend. Die politische Planung auf der Grundlage von Indikatoren erfordert, dass diese im Planungsprozess selber reflektiert und festgelegt werden.

Als Quellen für spezifische Indikatoren kommen grundsätzlich Surveys und Syntheseberechnungen der öffentlichen Statistik und des internationalen statistischen Systems, Geschäftsstatistiken und Reportingsysteme anderer staatlicher Stellen, Daten der Forschung und von privaten Institutionen auf nationaler wie internationaler Ebene in Frage.

In den Anhängen haben wir für die Ziele 6, 10 und 11 einige konkrete Indikatoren für das Reporting im Rahmen einer erweiterten Legislaturplanung vorgeschlagen (vgl. *Anhänge 1–3*). Im Sinne eines „work in progress“ sind diese als erste Skizze und als Diskussionsbeitrag mit vorwiegend illustrativem Charakter zu verstehen. Verschiedene offene konzeptionelle Fragen konnten noch nicht abschliessend bearbeitet und geklärt werden. Zudem wurden die politischen Fachämter noch nicht in die Diskussion einbezogen. Aufgrund heuristischer Überlegungen erachten wir es allerdings als wichtig und sinnvoll, bereits in der explorativen Phase möglichst konkret zu werden. Zum einen lässt sich die vorgeschlagene Verknüpfung zwischen politischer Planung und Statistik sowie der Politikbezug der verschiedenen Indikatortypen besser illustrieren. Zum andern können offene konzeptionelle Fragen und deren praktisch-politische Relevanz klarer herausgearbeitet werden.

Eine erste wichtige methodische Frage betrifft die adressatengerechte Auswahl und die Zahl der Indikatoren. Mit einem Minimum an Indikatoren soll ein Maximum an

Entscheidungsrelevanz erreicht werden. Die Zahl der im Anhang skizzierten Indikatoren ist bei einer Erweiterung auf das ganze Legislaturprogramm noch zu gross. Es ist in diesem Zusammenhang vorgesehen, programmbezogen zwischen strategischer und operativer Ebene zu unterscheiden und eine kleine Zahl von strategischen Schlüsselindikatoren zu ermitteln. Dies schliesst nicht aus auf einer tieferliegenden Stufe detailliertere Indikatoren ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Die politischen Entscheidungsträger könnten so im Rahmen mehrstufiger Indikatorensysteme bei Bedarf zusätzliche Informationen in Form von logisch verbundenen Detailindikatoren abrufen.

Eine zweite Frage stellt sich in Bezug auf die zeitliche Differenz (time-lag) zwischen dem zukunftsgerichteten Regierungsprogramm und den meist vergangenheitsbezogenen statistischen Daten. Die in der Planung angestrebte Politik entfaltet häufig erst mittel- und langfristig gesellschaftliche Wirkungen, d. h. deren Wirksamkeit lässt sich erst dann überhaupt statistisch messen. Dies limitiert insbesondere die Aussagekraft der Wirkungsindikatoren. Es stellt sich in dieser Hinsicht die Frage, wo und in welcher Qualität in Ergänzung zu den herkömmlichen Zeitreihen der amtlichen Statistik zukunftsbezogene Aussagen im Sinne von „best estimates“, z. B. aus Szenarien, ex-ante Wirkungsanalysen, Evaluationen oder verwaltungsseitigen Abschätzungen, möglich und sinnvoll sind.

Drittens stellt sich die Frage, wie ein Optimum zwischen methodisch-wissenschaftlichen Ansprüchen (Datenqualität, Kohärenz mit bestehenden oder geplanten statistischen Informationssystemen), Aufwand (Datenverfügbarkeit, Zahl und Detaillierungsgrad der Indikatoren) und Politikrelevanz (Adressatengerechtigkeit, Präzision der Politikformulierung) gefunden werden kann.

Zentral ist (jedenfalls auf oberster Ebene) die Konzentration auf wenige Indikatoren, die nach ihrer Relevanz und Aussagekraft priorisiert sind und die sich für eine synthetische Darstellung und Diskussion in der Öffentlichkeit eignen. Diese können und sollen bereichsspezifische, detailliertere Evaluationen und Monitoringsysteme nicht ersetzen, sondern müssen, soweit möglich, darauf aufbauen.

Die meisten im Anhang aufgeführten Indikatoren können bereits heute berechnet werden. Einige sind allerdings neu, darunter sehr wichtige wie z. B. die Armutsquote. Andere wiederum müssen unter Umständen neu konzipiert werden, um ein Ziel überhaupt überprüfen zu können. Dies betrifft z. B. den Bereich der regionalen Kohäsion oder der Ausländerintegration. Schliesslich sind Fortschritte und Vereinfachungen künftig vor allem auch dann zu erwarten, wenn sich die Politik selber in Richtung besser operationalisierter und messbarer Leistungs- und Wirkungsziele weiter entwickelt. Dass dies bei entsprechendem politischem Willen grundsätzlich möglich ist, belegen auf bundespolitischer Ebene bereits existierende Beispiele wie etwa die CO₂-Politik (Art. 2 CO₂-Gesetz, SR 641.71), in der Energiepolitik die quantifizierten Ziele von Energieschweiz oder etwa die Luftreinhalteziele gemäss Luftreinhalteverordnung.

5. SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die politische Planung arbeitet in zunehmendem Masse mit ergebnis- und wirkungsorientierten Zielen und Vorgaben. Damit steigt die Bedeutung von politischen Führungsindikatoren auf statistischer Basis. Dies berührt auch die Legislaturplanung des Bundesrates. Aufgrund der hier vorgenommenen explorativen Analyse erscheint die Machbarkeit eines zweckmässigen Indikatorensystems auf Bundesebene aus methodisch-inhaltlicher Sicht als erwiesen. Dies wird auch dadurch unterstützt, dass heute auf der Ebene praktisch sämtlicher Sektoralpolitiken des Bundes, in vielen anderen Staaten, aber auch auf der Ebene internationaler Organisationen solche Systeme für die Politikformulierung und -überprüfung verwendet, angepasst und weiterentwickelt werden (vgl. dazu auch die Literaturhinweise in Anhang 4).

Im Rahmen der weiteren Bearbeitung des parlamentarischen Prüfungsauftrages (Postulat 00.3225 *Erarbeitung eines Indikatorensystems als Führungsmittel*) ist seitens der Bundeskanzlei und des Bundesamtes für Statistik vorgesehen, die hier skizzierten Ansätze zu vertiefen und weiterzuentwickeln. Dies wird durch Einbezug der politischen Fachämter geschehen. Der Ausschuss des Perspektivstabs der Bundesverwaltung hat sich bereits grundsätzlich positiv zum Projekt geäussert¹. Die zurzeit noch offenen methodischen Fragen werden pragmatisch und mit einem schrittweisen Vorgehen angegangen. Ein Bericht zu den Indikatoren der Legislaturplanung 1999–2003 soll Mitte 2002 vorliegen, damit er als Beitrag zur Vorbereitung der neuen Planung 2003–2007 sowie zur Erarbeitung des neuen statistischen Mehrjahresprogramms dienen kann. Der Bundeskanzlerin, als Leiterin des Stabes des Bundesrates, werden anschliessend Vorschläge zur Verwendung eines solchen Indikatorensystems und zur künftigen Erarbeitung und Ausgestaltung einer entsprechenden Berichterstattung unterbreitet werden.

1. Der Perspektivstab vereinigt Vertreter/-innen aus ca. 30 Dienststellen der Bundesverwaltung, die sich in Erfüllung ihrer Aufgaben insb. mit gesellschaftlichen, räumlichen, ökologischen und wirtschaftlichen Zukunftsfragen beschäftigen. Der Ausschuss ist verantwortlich für die Geschäftsführung und befindet über die Unterbreitung von Vorschlägen zuhanden der Bundeskanzlerin.

ANHANG 1: ENTWURF VON INDIKATOREN ZU ZIEL 6²

Ziel 6: Sicherstellung eines ausgeglichenen Bundeshaushalts, einer moderaten Steuerquote und einer ausgewogenen und gerechten Steuer- und Finanzpolitik

R12: Umsetzung Finanzleitbild: neue Finanzordnung und steuerpolitische Reformen

R13: Umsetzung Finanzleitbild: verfassungsrechtliche Defizit- und Verschuldungsbegrenzung

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
A Umfeldindikatoren			
A1 Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Wert der in einer Volkswirtschaft hergestellten Güter und Dienstleistungen (Wertschöpfung) nach Kaufkraftparitäten, teuerungsbereinigt; Niveau und Veränderungsrate	BFS EUROSTAT OECD	
A2 Teuerungsrate	Jahresteuierung gemäss harmonisiertem Konsumentenpreisindex und Landesindex der Konsumentenpreise	BFS Eurostat	
B Leistungs- und Programmindikatoren			
B1 Staatsquote	Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte am BIP	EFV	R 13 Stabilisierung der Staatsquote
B2 Fiskalquote	Anteil der Steuereinnahmen am BIP	ESTV, BFS	R 13 Stabilisierung der Steuerquote
B3 Defizit-/Überschussquote	Saldo der Finanzrechnung (einschliesslich Sozialversicherungen) in % des BIP (nach Maastricht Kriterien)	EFV, BFS	R 13 Defizitbegrenzung
B4 Verschuldungsquote	Anteil der Staatsverschuldung in % des BIP (nach Maastricht Kriterien)	EFV, BFS	R 13 Verschuldungsbegrenzung
B5 Ausgaben-Wachstumsrate	Wachstumsrate der Ausgaben differenziert nach funktionaler Gliederung sowie Veränderung der Anteile	EFV	R 13 Stabilisierung der Staatsquote: Politische Prioritätenbildung

2. Die Indikatoren in der Tabelle sind ein erster Entwurf. Verschiedene konzeptionelle und inhaltliche Fragen sind noch nicht abschliessend geklärt und verwaltungsintern noch nicht bereinigt (vgl. dazu die Abschnitte 4 und 5 des vorliegenden Textes). Schlüsselindikatoren sind schattiert.

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
C Wirkungsindikatoren			
C1 Steuerbelastung des Einkommens	Belastung durch Bundessteuern nach Haushaltstypen und Bruttoeinkommensklassen	ESTV, kantonale Steuerverwaltungen	R 12 Steuerliche Entlastung von Familien mit Kindern, Gleichstellung Konkubinats- und Ehepaare
C2 Zinslast	Anteil der Schuldzinskosten an den Staatseinnahmen	EFV	R 13 Defizit- und Verschuldungsbegrenzung
C3 Steuerbelastung des Vermögens	Belastung durch Bundessteuer nach Vermögensklassen	ESTV	R 12 Gerechtes Steuersystem
C4 Steuerhinterziehung	Nicht deklariertes steuerpflichtiges Einkommen in % der Steuereinnahmen	??	R 12 Gerechtes Steuersystem
D Einstellungsindikatoren			
D1 Wahrnehmung Staatsverschuldung	Anteile von Befragten, die Staatsverschuldung als „zu hoch“, resp. „nicht zu hoch“ bezeichnen	UNIVOX	R13 Defizit- und Verschuldungsbegrenzung
D2 Umgang des Staates mit Steuergeldern	Anteile von Befragten, die den Umgang des Staates mit Steuergeldern als „sparsam“, resp. „grosszügig“ bezeichnen	UNIVOX	R12 und R13
D3 Nutzen der Staats-tätigkeit (Austauschverhältnis Kosten und Nutzen)	Anteile von Befragten, die in ihrer Wahrnehmung mehr, gleichviel oder weniger vom Staat erhalten als sie ihm in Form von Steuern und Abgaben entrichten	UNIVOX	R12 Steuergerechtigkeit Steuerquote
E Verhaltensindikatoren			
E1 Volksabstimmung zum Haushaltsziel 2001 (7. 6. 1998)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R13 Defizit- und Verschuldungsbegrenzung
E2 Volksabstimmung zur Initiative „Wohneigentum für alle“ (7. 2. 1999)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R12 Steuerpolitische Reformen, Steuergerechtigkeit
E3 Volksabstimmung zur Energielenkungsabgabe für die Umwelt (24. 9. 2000)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R12 Neue Finanzordnung mit ökologischen Anreizen
E3 Volksabstimmung zur Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer (bis spätestens 24. 12. 2002)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R12 Steuerpolitische Reformen, Steuergerechtigkeit

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
E4 Volksabstimmung zur Initiative für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern (Termin noch offen)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R12 Neue Finanzordnung mit ökologischen Anreizen
E5 Volksabstimmung über eine verfassungsmässige Schuldenbremse (Termin noch offen)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R13 Defizit- und Verschuldungsbegrenzung
E6 Volksabstimmung über eine neue Finanzordnung 2006 (Termin noch offen)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R12 Neue Finanzordnung

ANHANG 2: ENTWURF VON INDIKATOREN ZU ZIEL 10³

Ziel 10: Sicherstellung des nationalen Zusammenhalts durch Gewährleistung des sozialen und regionalen Ausgleichs

R20: Optimierung des Systems der sozialen Sicherheit – nationale Gesundheitspolitik – Erneuerung des Solidaritätsgedankens im Innern

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
<i>A Umfeldindikatoren</i>			
A1 Bevölkerungsentwicklung	Bevölkerungsentwicklung nach Komponenten (Geburten, Todesfälle, Migrationen)	BFS	
A2 Demografischer Alters- und Jugendquotient	Anteil der 65jährigen und Älteren sowie der 0–14jährigen an den 15–64jährigen	BFS	
A3 Lebenserwartung bei Geburt	Durchschnittliche Lebensdauer bei Geburt, wenn die im Beobachtungsjahr festgestellten alters- und geschlechtsspezifischen Sterblichkeitsziffern zutreffen	BFS	
A4 Kinderzahl	Durchschnittliche Kinderzahl je Frau nach Geburtsjahrgang	BFS	
A5 Erwerbstätigen- und Erwerbslosenquoten	Anteil der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen an der Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersklasse	BFS	
A6 Einkommensverteilung vor Transfers	Verhältnis des Einkommensanteils der 20 % mit dem höchsten und der 20 % mit dem tiefsten Einkommen	BFS	
A7 Haushalte ohne Erwerbseinkommen	Anteil der Haushalte bzw. Personen zwischen 25 und 55 Jahren ohne Erwerbstätigkeit	BFS	
A8 Jugendliche ohne weiterführende Ausbildung oder Berufsbildung	Anteil Personen im Alter zwischen 18 und 24, nur mit obligatorischer Schulbildung und die keine Ausbildung bzw. Lehre absolvieren	BFS	
A9 Hochbetagte Personen in Langzeitpflege	Anteil Personen in Langzeitpflege an den über 79jährigen	BFS?	
A10 Familien mit Kindern	Anteil Familienhaushalte mit Kindern unter 20 Jahren an den Haushalten mit einem Haushaltsvorstand zwischen 25 und 55 Jahren	BFS	

3. Die Indikatoren in der Tabelle sind ein erster Entwurf. Verschiedene konzeptionelle und inhaltliche Fragen sind noch nicht abschliessend geklärt und verwaltungsintern noch nicht bereinigt (vgl. dazu die Abschnitte 4 und 5 des vorliegenden Textes). Schlüsselindikatoren sind schattiert.

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
A11 Alleinerziehende	Anteil Alleinerziehende mit Kindern unter 20 Jahren an den Haushalten mit einem Haushaltsvorstand zwischen 25 und 55 Jahren	BFS	
B Leistungs- und Programmindikatoren			
B1 Sozialausgabenquote in % des BIP	Sozialleistungen (Sozialversicherungen und bedarfsabhängige Leistungen) gemäss ESSOS in % des BIP	BFS	Kosteneindämmung und Optimierung des Systems der sozialen Sicherheit (R 20)
B2 Sozialleistungen nach Leistungsbereichen	Sozialleistungen nach Bereichen (Alter, Gesundheit, Arbeitslosigkeit, Armut usw.) gemäss ESSOS	BFS	dito, Abdeckung neuer Risiken (R20)
B3 Finanzierung der Sozialleistungen nach Quelle	Sozialleistungen nach Quelle (Staat, Beiträge der Versicherten, Arbeitgeberbeiträge, übrige) gemäss ESSOS	BFS	dito
B4 Kosten des Gesundheitswesens	Kosten des Gesundheitswesens in % des BIP	BFS	Kosteneindämmung im Gesundheitswesen, Teilrevision KVG (R 20)
B5 Index der Krankenkassenprämien	Entwicklung der Krankenkassenprämien in der Grundversicherung	BSV/BFS	dito
B6 Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungen	Ausgaben und Einnahmen der Sozialversicherungen (AHV, IV, EL, ALV, BVG, KV)	BSV	Sichern des finanziellen Gleichgewichts der einzelnen Sozialversicherungszweige
B7 Ausgabenprofil AHV	Ausgaben für Renten RentenbezügerInnen, Gewichtete Ø Rente	BSV	dito
B8 Ausgabenprofil IV	Ausgaben für Renten RentenbezügerInnen Gewichtete Ø Rente	BSV	dito
B9 Ausgabenprofil EL	Ausgaben für Ergänzungsleistungen LeistungsbezügerInnen Ø Leistung	BSV	dito
B10 Ausgabenprofil BVG	Ausgaben für Renten RentenbezügerInnen Verteilung der Deckungsgrade	BFS/BSV	dito
B11 Ausgabenprofil ALV	Ausgaben für Arbeitslosigkeit LeistungsbezügerInnen Ø Leistung pro BezügerIn	SECO	dito
B12 Ausgabenprofil KVG	Ausgaben der Grundversicherung Anzahl Leistungsbezüger Ø Vergütung Ø Prämie Anzahl Prämienverbilligungen Ø Prämienverbilligung	BSV	dito

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
<i>C Wirkungsindikatoren</i>			
C1 Ø Einkommen der Haushalte vor und nach Transfers	Vergleich durchschnittliches Einkommen der Haushalte vor und nach Sozialtransfers (Äquivalenzeinkommen in Kaufkraftparitäten)	BFS	Optimierung des Systems der sozialen Sicherheit, Abdeckung neuer Risiken, Stiftung Solidarität Schweiz (R 20)
C2 Verringerung der Einkommensunterschiede durch Sozialtransfers	Einkommensverteilung vor und nach Transfers. Reduktion der Unterschiede Transfers	BFS	dito
C3 Transferleistungen als Einkommensquelle	Anteil Haushalte mit Transferleistungen als wichtigster Einnahmequelle nach Altersklassen	BFS	dito
C4 Armutsquote vor und nach Transfers	Anteil der Haushalte, die weniger als ein festgelegtes Minimaleinkommen zur Verfügung haben (Armutsgrenze nach SKOS). Reduktion der Armutsquote durch Transfers	BFS	dito
C5 Armutsücke vor und nach Transfers	Durchschnittlicher Abstand des Einkommens armer Haushalte zur Armutsgrenze	BFS	dito
C6 Langzeitarmut	Anteil der Langzeitarmer (über 3 Jahre unter der Armutsgrenze) an allen Haushalten unter der Armutsgrenze	BFS	dito
C7 Langzeiterwerbslosigkeit	Anteil der Langzeiterwerbslosen (über 1 Jahr) an den Erwerbslosen	SECO	dito
C8 Vorzeitiger Altersrücktritt	Anteil der Personen zwischen 55 und 64 Jahren, die vorzeitig teil- oder vollpensioniert werden nach Einkommensklassen	BFS/BSV	Flexibles Rentenalter, 11. AHV Revision
C9 Ausgabenprofil bedarfsabhängige Leistungen	Ausgaben für Sozialhilfe Sozialhilfebezügler Ø Leistung pro BezügerIn	BFS	(R20) Effektivität der Sozialversicherung, neue Risiken, Stiftung Solidarität Schweiz
<i>D Einstellungsindikatoren</i>			
D1 Vertrauen in Zukunftsfähigkeit der AHV	Anteile von Befragten, die glauben, dass aufgrund der demografischen Entwicklung das finanzielle Gleichgewicht bedroht ist (ja, wahrscheinlich, vielleicht, kaum, nein)	UNIVOX	(R20) 11. AHV-Revision
D2 Akzeptanz von verschiedenen Massnahmen im Bereich der AHV	Anteile von Befragten, die für verschiedene Massnahmen (höheres Rentenalter für alle; tiefere Renten für alle RentnerInnen, etc.) sind (ja, eher ja, eher nein, nein)	UNIVOX	(R20) 11. AHV-Revision

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
<i>E Verhaltensindikatoren</i>			
E1 Volksabstimmung zu Rentenalter-Initiativen (26. 11. 2000)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) 11.AHV-Revision
E2 Volksabstimmung zur Spitalkosteninitiative (26. 11. 2000)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) Teilrevision KVG
E3 Volksabstimmung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (13. 6. 1999)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) Revision IV
E4 Volksabstimmung zur Verfassungsbestimmung über die Transplantationsmedizin (7. 2. 1999)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) Nationale Gesundheitspolitik
E5 Volksabstimmung zur Initiative „für eine freie Arzt- und Spitalwahl“ (Termin offen)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) Teilrevision KVG; Kostendämpfung
E6 Volksabstimmung zur Initiative „Gesundheit muss bezahlbar bleiben“ (spätestens bis Juni 2002)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) Teilrevision KVG; Kostendämpfung
E7 Volksabstimmung zur Initiative „Gleiche Rechte für Behinderte“	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) Gleiche Rechte für Behinderte
E8 Überschüssige Goldreserven in den AHV-Fonds (Sommer/Winter 2003)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	(R20) 11. AHV-Revision

ANHANG 3: ENTWURF VON INDIKATOREN ZU ZIEL 11⁴

Ziel 11: Neuorientierung der Ausländerpolitik – Stabilisierung im Asylbereich unter Wahrung der humanitären Tradition der Schweiz

R23: Totalrevision des Ausländergesetzes – erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer

R24: Änderung der Anreizstrukturen in der Asylpolitik, Ausbau der Rückkehrprogramme, Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
<i>A Umfeldindikatoren</i>			
A1 Ausländer mit Aufenthalt unter 10 Jahren	Anteil Ausländer, die nicht in der Schweiz geboren sind und weniger als 10 Jahre hier leben, an der Wohnbevölkerung	BFS/BFA	
A2 Fremdsprachige Schülerinnen und Schüler	Anteil fremdsprachige Schülerinnen und Schüler (Muttersprache entspricht nicht Unterrichtssprache)	BFS	
A3 Neueinreichung Asylgesuche	Anzahl neu eingereichte Asylgesuche pro 10000 Einwohner differenziert nach Herkunftsregionen	BFF	
<i>B Programm- und Leistungsindikatoren</i>			
B1 Zulassungsstruktur der Neuzuwanderer	Neu zugelassene Angehörige aus EU-Staaten und Drittstaaten differenziert nach Alter, Geschlecht, Erwerbsstatus, Bildungsstand und Berufsgruppe	BFA	(R 23): Klare Regelung der Zulassungsvoraussetzungen unter Berücksichtigung langfristiger wirtschaftlicher Bedürfnisse und humanitärer Anliegen
B2 Finanzmittel für Integrationsförderung	Finanzmittel pro 10000 niedergelassene ausländische Personen und Jahresaufenthalter	EFV, BFA	R 23: Förderung der Integration der in der Schweiz rechtmässig lebenden Ausländerinnen und Ausländer
B3 Zurückweisungsquote an Grenzübergängen	Verhältnis zwischen Anzahl Zurückweisungen und Anzahl Einreichungen	BFF, Grenzschutzkorps	R24 Stabilisierung im Asylbereich, Verhinderung Rechtsmissbrauch

4. Die Indikatoren in der Tabelle sind ein erster Entwurf. Verschiedene konzeptionelle und inhaltliche Fragen sind noch nicht abschliessend geklärt und verwaltungsintern noch nicht bereinigt (vgl. dazu die Abschnitte 4 und 5 des vorliegenden Textes). Schlüsselindikatoren sind schattiert.

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
B4 Einreisesperrenquote	Verhältnis zwischen der Zahl der verfügbaren Einreisesperren und der Zahl der Einreisegesuche	BFA	dito
B5 Anerkennungsquote	Anteil der positiven am Total der während eines Jahres gefällten Entscheide	BFF	dito
<i>C Wirkungsindikatoren</i>			
C1 Einbürgerungsquote	Anzahl Einbürgerungen bezogen auf 100 Jahresaufenthalter und Niedergelassene, differenziert nach Altersklassen, ehemaliger Staatsangehörigkeit und Verfahrenstypen (erleichtertes – normales Verfahren)	BFS	R 23: Erleichterte Einbürgerung für Ausländerinnen 2. und 3. Generation
C2 Ausländeranteil an Erwerbspersonen	Anteil der Niedergelassenen und Jahresaufenthalter an den Erwerbstätigen nach Wirtschaftsbranchen und ausgeübten Berufsgruppen	BFS	R 23: Klare Regelung der Zulassungsvoraussetzungen unter Berücksichtigung langfristiger wirtschaftlicher Bedürfnisse und humanitärer Anliegen
C3 Nettobeitrag der Ausländer zu den Sozialversicherungen	Beiträge bzw. Leistungsbezüge von Personen ausländischer Nationalität bei den Sozialversicherungen	BSV/BFS	dito
C4 Ausländeranteil an den Arbeitslosen	Anteil Personen mit ausländischer Nationalität am Total der Arbeitslosen differenziert nach Altersklassen, Wirtschaftsbranchen und ausgeübten Berufsgruppen	SECO	dito. Förderung der Integration
C5 Ausländeranteil an den Personen in armen Haushalten	Anteil Personen ausländischer Nationalität an den Personen in Haushalten mit einem Einkommen unter der Armutsschwelle	BFS	dito
C6 Ausländeranteil an den Sozialhilfebezügern	Anteil Personen ausländischer Nationalität, die bedarfsabhängige Leistungen beziehen	BFS	dito
C7 Soziökonomische Segregation und Diskriminierung	Index der sozio-ökonomischen Segregation und Diskriminierung von Personen ausländischer Nationalität	BFS	dito
C8 Kenntnis der Landessprachen	Anteil Personen ausländischer Nationalität, welche eine Landessprache als Umgangssprache oder Hauptsprache sprechen	BFS	Förderung der Integration

Indikator	Definition	Quelle	Politische Ziele
<i>D Einstellungsindikatoren</i>			
D1 Bewertung der bundesrätlichen Asylpolitik	Anteile von Befragten, die Abweisung von Asylbewerbern als „BR tut das Richtige“, resp. „tut zu viel“ oder „tut zu wenig“ bezeichnen	UNIVOX	R24 Stabilisierung im Asylbereich
<i>E Verhaltensindikatoren</i>			
E1 Volksabstimmung zur Initiative „für eine Regelung der Zuwanderung“ (24. 9. 2000)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R23 Neuorientierung Ausländerpolitik
E2 Volksabstimmung zum Bundesbeschluss über dringliche Massnahmen im Asyl- und Ausländerbereich (13. 6. 1999)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R24 Stabilisierung im Asylbereich
E3 Volksabstimmung zur Initiative „gegen Asylrechtsmissbrauch“ (Sommer/Winter 2003)	Anteil Ja-Stimmen, differenziert nach Sprachregionen und Kantonen	BK: Datenbank Volksabstimmungen VOX-Analyse	R24 Stabilisierung im Asylbereich, Verhinderung Rechtsmissbrauch

LITERATUR

- Arbeitsgruppe Gesetzesevaluation (AGEVAL) (1991), *Die Wirkungen staatlichen Handelns besser ermitteln: Probleme, Möglichkeiten, Vorschläge*. Schlussbericht an das EJPD, Bern.
- BAK Konjunkturforschung Basel AG (1995), *International Benchmark Report 1995*, Basel.
- BAK Konjunkturforschung Basel AG (1998), *International Benchmark Report 1998*, Basel.
- BAK Konjunkturforschung Basel AG (2000), *International Benchmark Report 2000*, Basel.
- BIRCHMEIER, U. (2001), „Ausgewählte Arbeitsmarkt- und Bildungsindikatoren im Lichte der Statistik“, *Die Volkswirtschaft*, 1.
- BIRNER, A. (2000), *Indikatoren zur Erfassung regionaler Problemlagen*, Wien.
- Bundesamt für Justiz (1995), *Leitfaden für die Ausarbeitung von Erlassen des Bundes (Gesetzgebungsleitfaden)*, Bern.
- Bundesamt für Raumentwicklung (2000), *Siedlungsraum Schweiz: Die räumliche Dynamik der Schweiz am Ende des 20. Jahrhundert*, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1996), *Bevölkerung und Gesellschaft im Wandel: Bericht zur demographischen Lage der Schweiz*, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1997), *Kantonale demografische Indikatoren 1981–1996: Neuere demografische Entwicklung in den Kantonen*, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1997), *Schweizerische Gesundheitsbefragung: Gesundheit und Gesundheitsverhalten in der Schweiz*, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1997), *Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung 1995–2050*, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1998), *Indikatoren zum Humankapital der Schweiz*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Arbeitsmarktindikatoren 1998: Erwerbstätige, Beschäftigte, Arbeitsstunden, Arbeitslosigkeit, Dynamik des Arbeitsmarktes*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Bildungsindikatoren Schweiz 1999*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Indikatoren der öffentlichen Kulturausgaben: Standardisierte Kennziffern 1990–1996*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Resultate 1992–1997*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung: Lange Reihen 1980–1995*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Einstellungen, Werthaltungen und Wahrnehmungen in der Bevölkerung: Aktuelle Nutzung und Bedarf an subjektiven Daten in der Bundesverwaltung*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (1999), *Steuerbelastung der Schweiz: Kantonshauptorte, Kantonsziffern 1998*. Neuchâtel.

- Bundesamt für Statistik (2000), *Das statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 1999–2003*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2000), *Migration und ausländische Bevölkerung in der Schweiz 1999*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (2001), *Indikatoren zur Informationsgesellschaft*, Neuchâtel (http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber20/indic-soc-info/ind20d_intro.htm).
- Bundesamt für Statistik (2001), *Statistisches Jahrbuch der Schweiz*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (1997), *Strukturatlas der Schweiz*, Zürich.
- Bundesamt für Statistik (Hrsg.), *Steuerbelastung der Schweiz: Natürliche Personen nach Gemeinden 1998*, Neuchâtel.
- Bundesamt für Statistik und Bundesamt für Raumplanung (1999), *Grossregionen der Schweiz: Die Schweiz im NUTS-Regionalsystem*, Neuchâtel.
- Bundeskanzlei (Hrsg.) (1999), *Wirtschaftliche Rahmendaten der Bundesverwaltung*, Bern.
- Bundeskanzlei (Hrsg.) (div. Jahrgänge), *Berichte des Bundesrates über seine Geschäftsführung: Geschäftsbericht Band 1 1991–2000*.
- Bundeskanzlei (Hrsg.) (div. Jahrgänge), *Jahresplanungen des Bundesrates 1996, 1997 und Ziele des Bundesrates 1998, 1999, 2000 und 2001*.
- Bundeskanzlei und Bundesamt für Statistik (Hrsg.) (1998), *Herausforderungen 1999–2003: Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen der Bundespolitik: Perspektivstab der Bundesverwaltung*, Bern.
- BUSSMANN, W., U. KLÖTI und P. KNÖPFEL (Hrsg.) (1997), *Einführung in die Politikevaluation*, Basel.
- BUWAL (2000), *Luftschadstoff-Emissionen des Strassenverkehrs 1950–2020*, Bern.
- BUWAL und Bundesamt für Statistik (1999), *Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz: Materialien für ein Indikatorensystem: Eine Pilotstudie unter Verwendung der Methodik der Kommission für nachhaltige Entwicklung der UNO*, Neuchâtel.
- BUWAL und Bundesamt für Statistik (2000), *Projekt Monet: Monitoring der nachhaltigen Entwicklung: Projektbeschreibung und Arbeitsplanung*, Neuchâtel (unveröffentlichtes Arbeitspapier).
- CROME, B. (2000), *Indikatoren zur Auswahl der Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“*, Bonn.
- Eidg. Finanzdepartement (EFD) und Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) (1999), *Der Neue Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen. Konkretisierung der Grundzüge vom 1. Februar 1996: Schlussbericht der gemeinsam getragenen Projektorganisation (Vorlage für die Vernehmlassung)*, Bern/Solothurn.
- Eidg. Finanzverwaltung (1999), *Finanzleitbild: Ziele, Grundsätze und Instrumente für die Finanzpolitik des Bundesrates*, Bern.
- Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (1999), *Bericht über die Kernstädte*, Bern.
- ELIAS, J. (2000), „Innovationsstandort Schweiz: Indikatoren, Innovationsprofil, internationaler Vergleich“, *Die Volkswirtschaft* 3/2000.

- Ernst Basler+Partner (1999): *Jahresbericht Bundesamt für Landwirtschaft: Indikatoren Ökologie. Schlussbericht*, Zollikon.
- European Bank for Reconstruction and Development & World Bank (1997), *Weltentwicklungsbericht. Der Staat in einer sich ändernden Welt: Ausgewählte Kennzahlen der Weltentwicklung*, Washington D.C.
- FLORA, P. (1999), *Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung*, Frankfurt a.M.
- HABICH, R. (2000), *Soziale Indikatoren und Sozialberichterstattung*, Bern.
- Institut für soziale Arbeit (1999), *Soziale Indikatoren und Sozialraumbudgets in der Kinder- und Jugendhilfe*, Münster.
- Institute of Applied Economic Research (IPEA) (1998), *Atlas of Human Development in Brazil*, Brasilien.
- KETTINGER, D. (Hrsg.) (2000), *Wirkungsorientierte Verwaltungsführung und Gesetzgebung: Untersuchungen an der Schnittstelle zwischen New Public Management und Gesetzgebung*, Bern.
- KLÖTI, U. (1986), *Regierungsprogramm und Entscheidungsprozess: Eine Erfolgskontrolle der Regierungsrichtlinien des Bundesrates für die Legislaturplanung 1975–79*, Bern/Stuttgart.
- KNÜSEL, R. (1993), „Les grandes lignes de la Politique Gouvernementale de la Confédération Helvétique“, *Cahier de l'IDHEAP no 113*.
- Kommission der Europäischen Union (1999), *Evaluating socio-economic programmes*, Luxemburg.
- Kommission der Europäischen Union (2000), *Indicateurs structurels*, Bruxelles.
- Kommission der Europäischen Union (2000), *Europäische Indikatoren für eine nachhaltige lokale Entwicklung*, Luxemburg (www.sustainable-cities.org/indicators).
- LANZ, CHR. (1977), *Politische Planung und Parlament. Die Partizipation des Parlaments an politischen Planungen in der Schweiz*, Bern.
- LINDER, W., B. HOTZ und H. WERDER (1979), „Planung in der schweizerischen Demokratie“, *Res publica helvetica 11 und 12*, Bern/Stuttgart.
- MURALT, H. (1990), „Bericht über die Legislaturplanung 1987–91: Vorgehensweise – kritische Würdigung – neue Vorschläge“, *Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht* 2/90, Bern.
- Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) (2000), *Bildung auf einen Blick – OECD-Indikatoren*, Paris.
- Organization for Economic Cooperation and Development (OECD) (2001), *Outcome Focused Management and Budgeting*, 22nd Annual Meeting of Senior Budget Officials, Paris 21–22 May 2001.
- PFISTER, W.E. (1974), *Regierungsprogramm und Richtlinien der Regierungspolitik*, Bern/Frankfurt am Main.
- Schweizerischer Bundesrat (1986), *Bericht über die Mitwirkung des Parlaments bei der politischen Planung* [BBl 1986 II 1].
- Schweizerischer Bundesrat (2000), *Bericht über die Legislaturplanung 1999–2003* [BBl 2000 2276].

- Schweizerischer Wissenschaftsrat (1999), „Die technologische Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz: Indikatoren, Bewertungen, Diskussion“, *F&B* 2/99.
- Schweizerischer Wissenschaftsrat (2000), „Projektlandkarte Schweiz 1999: Finanzstatistische Indikatoren ausgewählter Instrumente der Forschungsförderung des Bundes aus den Jahren 1992–1999“, *F&B* 6/00.
- Schweizerischer Wissenschaftsrat: *Beitrag zu einem Indikatorensystem für die Wissenschafts- und Technologiepolitik*.
- Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) (2000), *Die Lage auf dem Arbeitsmarkt: November 2000*, (Monatliche Publikation), Bern.
- Statistisches Bundesamt (1999), *Entwicklung eines Indikatorensystems für den Zustand der Umwelt in der Bundesrepublik Deutschland mit Praxistest für ausgewählte Indikatoren und Bezugsräume*, Wiesbaden.
- Stockholm International Peace Research Institute (2001), *Yearbook 2000*, Stockholm.
- SUTER Ch. (Hrsg.) (2000), *Sozialbericht 2000: Schwerpunktprogramm Zukunft Schweiz*, Zürich.
- United Nations Development Program (UNDP) (1998), *Bericht über die menschliche Entwicklung*, New York.
- UNO/IWF/Weltbank/OECD (2000), *2000 – Un monde meilleur pour tous*. New York/Washington D.C./Paris.
- Weltbank (1998), *World Development Indicators*, Washington D.C.
- WERDER, H. (Hrsg.) (1987), *Regierungsrichtlinien und Finanzplanung – eine kritische Bilanz*, Schriftenreihe der Schweizerischen Gesellschaft für Verwaltungswissenschaften (SGVW), Bd. 5, Bern.
- World Economic Forum (2000), *Global Competitiveness Report*, Genf.
- Zürcher Kantonalbank (Hrsg.) (2000), *Metropole Zürich: Der Wirtschaftsstandort im internationalen Vergleich*, Zürich.

Internet-Links zu Publikationen internationaler Organisationen

- A Better World for All – Progress towards the international development goals 2000:
www.paris21.org/betterworld
- Country Indicators for Foreign Policy (CIFP): <http://www.carleton.ca/cifp/>
- Human Development Reports: <http://www.undp.org/hdro/>
- IMF – The World Economic Outlook:
<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2000/02/index.htm>
- IPCC: Lagebericht 2001: <http://www.ipcc.ch/>
- OECD/DAC: <http://www.oecd.org/dac/Indicators/index.htm>
- OECD: <http://www.oecd.org/statistics/>
- Progress of the World's Women 2000:
<http://www.unifem.undp.org/progressww/index.html>
- SIPRI Yearbooks: <http://editors.sipri.se/pubs/yearb.html>

The State of the World Population 2000: <http://www.unfpa.org/swp/swpmain.htm>

The State of World's Children 2001: <http://www.unicef.org/sowc01/>

The Worldbank: <http://www.worldbank.org/data/>

UN Statistics Division: <http://www.un.org/Depts/unsd/social/>

World Resources: <http://www.wri.org/wr2000/index.html>

ZUSAMMENFASSUNG

Die wirkungsorientierte Politik verschiebt das Gewicht von der Input- (Einsatz von Personal und Finanzmittel) auf die Ergebnissteuerung (Produkte, Wirkungen) staatlichen Handelns. Die Politik macht vermehrt ergebnisorientierte Vorgaben und formuliert Leistungsziele und Wirkungsziele, deren Erreichung durch quantitative und qualitative Kriterien (Wirksamkeit, Wirtschaftlichkeit) überprüft werden kann. Mit diesem Paradigmenwechsel steigt die Bedeutung von aussagekräftigen, aktuellen Angaben sowohl zur Festlegung von Zielen wie auch zu deren Überprüfung. Es entsteht ein erhöhter Bedarf nach Evaluationen und es wächst auch die Bedeutung der statistischen Informationen für die strategische Führung. Gefragt sind Indikatoren, die sich für die Beobachtung von Entwicklungen im räumlichen und zeitlichen Vergleich sowie die Beschreibung von Leistungen und Wirkungen staatlichen Handelns besonders eignen.

Die Legislaturplanung, das politische Programm der schweizerischen Regierung, enthält in der heutigen Form zwar Ziele und programmatische Vorgaben im politischen und gesetzgeberischen Bereich, doch erfolgt ausschliesslich im Rahmen des Finanzplans eine Quantifizierung beziehungsweise eine Operationalisierung mit Hilfe von (Finanz-) Indikatoren. Dies trägt dem Leistungs- und Gestaltungscharakter des modernen Staatswesens nicht genügend Rechnung und erschwert eine Bewertung der Regierungstätigkeit. Vorgeschlagen wird daher eine Ergänzung des programmatischen Teils der Legislaturplanung mit statistischen Indikatoren, welche durch ihre internationale Vergleichbarkeit die Schweiz auch im globalen und insbesondere im europäischen Kontext situieren. Eine solche Erweiterung, die sich auf das Umfeld, die Umsetzung und das Ergebnis der Regierungstätigkeit bezieht, würde den Blick für das Ganze und den Sinn für die Wirkungsverantwortung des staatlichen Handelns stärken.

SUMMARY

Effect-oriented politics shifts the emphasis from controlling the input (deployment of staff and financial resources) to controlling the outcome (products and effects) of government action. Increasingly, politicians are applying results-oriented standards and setting performance targets and operational targets, the achievement of which can be assessed on the basis of quantitative and qualitative criteria (effectiveness and economic efficiency). This paradigm shift increases the importance of meaningful, up-to-date in-

formation both for setting targets and for verifying them. This means that there is an increased need to conduct evaluations, and the importance of statistical information to strategic management grows accordingly. What is required are indicators specially designed to observe developments as a comparison in time and space and to describe the performance and effects of government action.

Although the report on legislative planning, the Swiss government's political programme, in its present form contains targets and standards for the political and legislative programme, they are only quantified and operationalized by the aid of (financial) indicators within the confines of the Financial Plan. This does not take sufficient account of the productive and creative nature of the modern state and makes it difficult to evaluate the government's work. It is therefore proposed to supplement the programmatic part of the report on legislative planning with statistical indicators, which, because they allow international comparisons to be made, will also situate Switzerland within a global and, more importantly, within a European context. Such a supplement, covering the environment, the implementation and the outcome of the government's work, would focus attention on the big picture and deepen the sense of responsibility for the effect of government action.

RESUME

La politique axée sur les effets déplace l'accent de la gestion des intrants (affectation du personnel et des moyens financiers) vers la gestion des résultats (produits, effets) de l'action étatique. Elle privilégie les objectifs axés sur les résultats et définit les buts à atteindre en matière de prestations et d'efficacité, buts dont la réalisation peut être contrôlée par le biais de critères quantitatifs et qualitatifs (efficacité, rentabilité). En raison de ce changement de paradigme, il devient de plus en plus important de disposer de données pertinentes et actualisées, tant pour la fixation des objectifs que lors du contrôle. Les évaluations répondent à un besoin croissant, tandis qu'augmente l'importance des statistiques pour la gestion stratégique. On constate un intérêt marqué pour les indicateurs qui se prêtent particulièrement à l'observation d'évolutions comparées dans le temps et dans l'espace, mais aussi à la description de prestations et d'effets émanant de l'action étatique.

Dans sa forme actuelle, le Programme de la législature – programme politique du gouvernement suisse – contient certes des objectifs et des orientations programmatiques dans les domaines politique et législatif, mais leur quantification et leur mise en oeuvre à l'aide d'indicateurs (financiers) n'ont lieu que dans le cadre du plan financier. Ainsi, le souci d'efficacité et de conceptualisation de l'Etat moderne n'est pas suffisamment pris en compte, et l'évaluation de l'activité gouvernementale s'avère d'autant plus difficile. D'où la proposition de compléter le Programme de la législature par des indicateurs statistiques qui, grâce à leur comparabilité à l'échelle internationale, permettent de situer la Suisse dans le contexte mondial et, notamment, européen. Ce nouvel atout, qui porte-

rait sur le contexte, la mise en oeuvre et le résultat de l'activité gouvernementale, autoriserait une meilleure vue d'ensemble tout en mettant mieux en évidence la portée de l'action étatique.